

Und aus den gepeinigten Herzen erhebt sich ein Lied voll ungestillter Sehnsucht nach der verlorenen Heimat. Seine Töne verhallen nicht, sie dringen hinaus ins Freie, sie spinnen Fäden von Hütte zu Hütte, von Herzen zu Herzen und verschmelzen zu einem mächtigen Gesang, zu einem heißen, inbrünstigen Gebet:
„Gott unser Vater, Gott Abrahams, Isaaks und Jacobs, gedenke an deinen Bund mit

uns, sei gnädig und barmherzig, wende uns dein Antlitz zu und laß uns im Schweiß unseres Angesichts auf unserer Erde wieder arbeiten, pflanzen, säen und ernten und unsere Feste feiern in Jerusalem!“

Und Gott neigt sein Ohr und lauscht dem Gebet ...

Denn seine Liebe ist größer denn sein Zorn.

EIN VERSPRECHEN!

Das Flugblatt der siebzehn Chemnitzer „Liberalen“ zeigte nochmals mit unüberbietbarer Deutlichkeit, wie unhaltbar der Zustand ist, daß innerhalb einer jüdischen Religionsgemeinde zweierlei Recht gelten, ein Teil der Gemeindeglieder den anderen beherrschen will. Das Kastentum wird jetzt sogar bei den Hindus abgeschafft; bei den Juden hat es Parias, Entrechtete nie gegeben. Der brutale Machtstandpunkt der Liberalen verstößt gegen die elementarsten Prinzipien von Recht und Moral, auf denen gerade das Judentum aufgebaut ist und für die es seit jeher die größten Vorkämpfer gestellt hat; er zerstört auch die Grundlage, auf der allein die Existenz der Judenheit als einer zerstreuten Minderheit möglich ist. Seit Jahr und Tag wurde dies den liberalen Machthabern in Wort und Schrift vorgehalten. Sie schwiegen. Konnte ihr Schweigen von manchen Unentwegten ihrer Wählerschaft noch als Zeichen der Überlegenheit gedeutet werden, so hat dieser erste Verteidigungsversuch die ganze Hohlheit des „liberalen“ Standpunktes entlarvt.

Die Dürftigkeit, Erbarmlichkeit und Unaufrichtigkeit des Pamphlets der siebzehn Chemnitzer Liberalen, das als Merkmal der Entartung in die Geschichte des deutschen Judentums eingehen wird, ist in diesem Blatte genügend gekennzeichnet worden.

Selbst die Liberalen außerhalb von Chemnitz sind über dieses Machwerk nicht gerade erbaut. In Leipzig würden die Liberalen, wie einer ihrer Vertreter freimütig erklärte, „eine solche Dummheit“ nicht gemacht haben.

Die Leipziger Liberalen ließen sich einfach auf eine öffentliche Diskussion über das Wahlrecht nicht ein. Weder hat jemand von ihnen in einer der vielen öffentlichen Versammlungen jemals das Wort ergriffen, noch auch in Zeitungen oder Zeitschriften versucht, den Angriffen zu begegnen. Sie verzichteten auf jede Rechtfertigung eines Zustandes, den viele von ihnen selber als unhaltbar empfanden.

Das Einzige, was vor mehr als Jahresfrist in Leipzig von Seiten der Liberalen geschah, war, daß sie in engerem Kreise eine Aufstellung kursieren ließen, aus der sich angeblich die größere Steuerleistung der reichsdeutschen Gemeindeglieder ergeben sollte. Aber auch das war nur mit einem bezeichnenden Augenaufschlag unter Verzicht auf jede Argumentation geschehen, von der man wußte, daß sie sehr bald ad absurdum geführt werden könnte.

Dem Drängen der volksparteilichen Vertreter begegnete man in Leipzig mit der Taktik des höflichen Hinhaltens. „Im gegebenen Zeitpunkte, bei Änderung der politischen Situation“ und ähnlich, waren die Vokabeln, die man immer wieder auf Seiten der Liberalen vernahm. Als schließlich den volksparteilichen Gemeindevertretern die Geduld riß und sie sämtlich ihre Mandate zur Verfügung stellten, da lenkten die Liberalen wieder ein, wählten eine paritätisch zusammengesetzte Kommission, welche in die Prüfung einer Wahlrechtsänderung eintreten sollte. Praktische Resultate konnten in dieser Kommission jedoch nicht erzielt werden, da die Liberalen jeden Vorschlag unter dem Gesichtspunkte prüften, ob ihre absolute Majorität in der Gemeindevertretung gefährdet würde oder nicht. Die Volkspartei konnte sich jedoch mit dem von den Liberalen angebotenen Zugeständnisse, einige Mandate, durch die nicht das geringste geändert werden würde, nicht einverstanden erklären. Eine Einigung kam unter diesen Umständen nicht zustande. Die Zeit der Neuwahl kam heran. Die Liberalen setzten ihre Verschleppungstaktik fort und vertagten unter Mißachtung der bestehenden Statuten die Wahlen um ein Jahr. Auch dieses Jahr ist inzwischen abgelaufen.

Die Situation in der Leipziger Gemeinde ist indessen derart geworden, daß es heute nicht mehr nur um die Frage der Änderung des Wahlrechtes geht, sondern um den Fortbestand der Gemeinde überhaupt. Das soll demnächst in einem besonderen Artikel ausgeführt werden.

Den Verantwortungsbewußten unter den Leipziger Liberalen ist diese Entwicklung nicht verborgen geblieben und sie haben sich endlich gegenüber den Scharfmachern in ihren Reihen durchgesetzt.

In der letzten Gemeindegemeinschaft am 26. September hat die liberale Fraktion die Abänderungsanträge der Volkspartei und der Poale Zion mit der einstimmig angenommenen Resolution beantwortet, daß sie „die Reformbedürftigkeit der Satzungen anerkenne, sich mit vollem Ernste mit der Reform des bisherigen Wahlrechts beschäftigen werde und im Einvernehmen mit den anderen Parteien eine allgemein befriedigende Lösung finden wolle“.

Diese nach eingehender Beratung der liberalen Fraktion in öffentlicher Gemeindegemeinschaft abgegebene Erklärung bedeutet ein feierliches Versprechen der Liberalen Leipzigs.

Es gibt zwar Skeptiker, die daran erinnern, daß auch der Vorsitzende der Chemnitzer Liberalen in öffentlicher Sitzung ein Versprechen gegeben — und dann nicht gehalten hat. Diese Skepsis wird vergrößert durch die Fassung des amtlichen Protokolles über die Sitzung vom 26. September 1932, wie sie in der Gemeindezeitung vom 7. Oktober 1932 veröffentlicht wurde. In diesem Protokolle ist die feierliche Erklärung der Liberalen bereits arg eingeschränkt worden. Trotzdem — wir weigern uns zu glauben, daß Wortbruch sich als Kampfmittel im jüdisch-öffentlichen Leben einbürgern soll. Wir alle — Reichsdeutsche und Ausländer, Orthodoxe und Liberale —, alle, denen das Wohl unserer Gemeinde am Herzen liegt, warten auf die Erfüllung des feierlich gegebenen Versprechens.

Dr. Lehrfreund.

Vor den Reichstagswahlen

In den Reichstagswahlversammlungen und Kundgebungen der Nationalsozialisten spielt diesmal das jüdenfeindliche Moment wieder eine größere Rolle als je zuvor. Besonders wird die Papenregierung unermüdlich mit den Ausdrücken Judenschutztruppe, Judenregierung u. a. belegt. Großes Aufsehen in jüdischen Kreisen erregte auch eine Rede des Zentrumsabgeord. Dr. Lauscher zur Rundfunkfrage. Lauscher machte sich die antisemitischen Redensarten vom „Überwuchern des jüdischen Einflusses im Rundfunk“ leider auch zu eigen, eine Tatsache, die den jüdischen Zentrumsanhängern zu denken geben sollte. Ein Teil der bisherigen Naziwähler wird zweifellos diesmal, nachdem sich Hitler taktisch festgelaufen hat, den papenfreundlichen bürgerlichen Gruppen seine Stimme geben. Ob neben den Deutschnationalen auch die Volkspartei und andere bürgerliche Gruppen davon profitieren werden, kann man noch nicht wissen. Die verschiedenen Wahlen in kleineren Städten zeigen diese Tendenz

ganz deutlich. Mancherorts haben die Sozialdemokraten Rückschläge erlitten, in anderen haben sie Erfolge zu verzeichnen. Während die 400-Mark-Notverordnung in manchen bürgerlichen Kreisen das Vertrauen zu Papen gestärkt hat, haben die verschiedenen Streikbewegungen, an denen sich z. T. auch die Nationalsozialisten beteiligt haben, doch im ganzen gesehen, die Lage der Linken verbessert. Wenn auch von den Nazis kapitalistische Kreise sich zurückgezogen haben — die Wahlgelder der Industrie fließen bestimmt spärlicher —, so ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß sie diesen Verlust durch den Gewinn aus proletarischen Kreisen gutmachen können. Die Kommunisten haben zwar bei allen „Aktionen“ ihre gänzliche Unfähigkeit erwiesen, bei den Wahlen haben sie aber wiederholt zugenommen. Durch die Verteidigungsstellung der Linken haben sie nicht so viel offensichtliche Fehler wie zu anderen Zeiten machen können und sind viel stärker zu einer Wahl- und Stimmzettelpartei geworden. Die Stimmen der jüdischen Bevölkerung werden zu einem guten Teil wieder der Sozialdemokratie zukommen.

Zum 300. Geburtstag Spinozas

Eine Professur in Heidelberg

Heidelberg, 16. Febr. 1673.

An den scharfsinnigen und berühmten Philosophen
Benediktus de Spinoza

Wohlangesehener Herr!

Der Durchlauchtigste Kurfürst von der Pfalz, mein gnädiger Herr, hat mir den Auftrag erteilt, an Sie, der Sie mir zwar bisher unbekannt sind, dem durchlauchtigsten Fürsten aber bestens empfohlen, zu schreiben und anzufragen, ob Sie geneigt wären, die Stelle eines ordentlichen Professors der Philosophie in seiner berühmten Akademie anzunehmen? Es wird Ihnen das jährliche Gehalt ausgezahlt werden, das heutzutage die ordentlichen Professoren genießen. Nirgends werden Sie einen Fürsten finden, der den ausgezeichneten Geistern, unter denen er Sie schätzt, huldvoller wäre. Sie werden die weiteste Freiheit des Philosophierens bekommen, die Sie aber, wie er glaubt, nicht dazu mißbrauchen werden, um die öffentlich geltende Religion zu erschüttern. Dem Auftrag des weisen Fürsten nicht zu gehorchen, war mir unmöglich. Deshalb ersuche ich Sie inständigst, mir möglichst bald zu antworten und Ihre Antwort entweder dem Kurfürstlichen Residenten im Haag, Herrn Grotius, oder Herrn Gilles van der Hek in das gewöhnlich für den hiesigen Hof bestimmte Briefpaket zu übergeben, oder auch sich irgend einer ande-

ren Gelegenheit, die Sie für die bequemste erachten werden, zu bedienen. Dieses eine füge ich noch hinzu, daß Sie, wenn Sie hierherkommen, ein des Philosophen würdiges Leben mit Vergnügen führen werden, wenn nicht alles wider unser Hoffen und Glauben geschieht.

Hiermit leben Sie wohl, und seien Sie gegrüßt, geehrtester Herr, von Ihrem Ruhme ergebenstem

J. Ludwig Fabritius

Professor der Akademie in Heidelberg
und Kurfürstlich-Pfälzischem Rat.

Im Haag, 30. März 1673

An den hochansehnlichen und hochwohlgeborenen Herrn Ludwig Fabritius, Professor an der Akademie in Heidelberg und Kurfürstlich-Pfälzisch. Rat.

Hochansehnlicher Herr!

Wenn je mein Wunsch gewesen wäre, eine Professur an irgendeiner Fakultät anzunehmen, so hätte ich mir nur die einzige wünschen können, die mir von dem durchlauchtigsten Kurfürsten von der Pfalz durch Sie angeboten wird, namentlich wegen der Freiheit des Philosophierens, die der gnädige Fürst zu gestatten geruht. Ich schweige schon davon, daß ich längst unter der Regierung eines Fürsten zu leben wünschte, dessen Weisheit von allen bewundert wird. Da ich

aber nie die Absicht gehabt habe, ein öffentliches Lehramt zu bekleiden, so kann ich mich nicht entschließen, diese glänzende Gelegenheit zu ergreifen, obgleich ich mir die Sache lange überlegt habe. Denn ich bedenke erstlich, daß ich aufhören würde, die Philosophie fortzubilden, wenn ich mich dem Unterrichte der Jugend widmen wollte. Sodann bedenke ich, daß ich nicht weiß, innerhalb welcher Grenzen diese Freiheit des Philosophierens sich halten müßte, damit ich nicht scheine, die öffentlich geltende Religion erschüttern zu wollen. Denn der Verdacht der Ketzerei entsteht ja nicht aus dem glühenden religiösen Eifer, vielmehr aus mancherlei menschlichen Leidenschaften oder aus dem Widerspruchsgeist, womit man alles, ob es noch so richtig gesagt ist, zu verdrehen und zu verdammen pflegt. Da ich es schon in meinem privaten und einsamen Leben erfahren habe, um wieviel mehr wird es zu befürchten sein, wenn ich bis zu dieser Stufe der Würde hinaufsteigen sollte. Sie sehen also, hochansehnlicher Herr, daß mich nicht etwa die Hoffnung auf eine bessere Lage zurückhält, sondern allein die Liebe zur Ungestörtheit, die ich mir einigermaßen erhalten zu können glaube, wenn ich von öffentlichen Vorlesungen abstehe. Daher ersuche ich Sie inständigst, den durchlauchtigsten Kurfürsten zu bitten, daß ich mir diese Sache weiter überlegen darf. Mögen Sie fortfahren, die Gunst des gnädigsten Fürsten seinem ergebensten Verehrer auch fernerhin zu vermitteln, wodurch Sie desto mehr sich verpflichten werden, hochansehnlicher und hochwohlgeborener Herr, ganz und gar den Ihrigen.

B. de Spinoza.